

160600-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Samtgemeinde Fredenbeck - Objektplanungsleistungen für den Neubau der GS Mulsum-Kutenholz
OJ S 55/2024 18/03/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Samtgemeinde Fredenbeck

E-Mail: vergabe@kanzlei-dagefoerde.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Samtgemeinde Fredenbeck - Objektplanungsleistungen für den Neubau der GS Mulsum-Kutenholz

Beschreibung: Objektplanungsleistungen für den Neubau der Grundschule Mulsum-Kutenholz.

Kennung des Verfahrens: 45dde84b-4f1e-4414-b27e-8b148d390795

Interne Kennung: 166-23

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Stade (DE939)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YBLH0PV 1) Nachunternehmer Bewerber haben in dem Nachunternehmerverzeichnis (Teil D, Anlage D02) mit dem Teilnahmeantrag anzugeben, ob und ggf. welche Teile der Leistung sie an Nachunternehmer weitergeben wollen. Die Anlage D02 ist auch dann ausgefüllt abzugeben, wenn kein Nachunternehmereinsatz beabsichtigt ist. 2) Eignungsleihe Sollte ein Bewerber die Eignungskriterien nur dadurch erfüllen können, dass er ein anderes Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), so hat er mit Abgabe des Teilnahmeantrags seine Verfügung über die

Ressourcen des anderen Unternehmens und dessen Eignung sowie das Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe beim anderen Unternehmen mittels einer Verpflichtungserklärung (Teil D, Anlage D03) nachzuweisen. 3) Bewerber-/Bietergemeinschaften Für Bewerbergemeinschaften muss ein gemeinsamer Teilnahmeantrag abgegeben werden. Der Name der Bewerbergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe Teil D der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber weist darauf hin, dass von einer (späteren)Bietergemeinschaft eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt wird. Hierzu ist ggf. mit dem Teilnahmeantrag die Bewerbergemeinschaftserklärung (Teil D, Anlage D04) in von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter Form abzugeben. Mit der Abgabe eines Erstangebotes durch den Auftraggeber wird die Bewerbergemeinschaft zur Bietergemeinschaft. Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebot abgegeben werden. Änderungen an der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft gegenüber der Zusammensetzung als Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und können zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren führen. Der in der Bekanntmachung genannte Termin zum Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe entspricht der aktuellen Planung. Die Aufforderung kann auch früher oder zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerter Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Samtgemeinde Fredenbeck - Objektplanungsleistungen für den Neubau der GS Mulsum-Kutenholz

Beschreibung: Gegenstand des zu vergebenden Auftrages sind Objektplanungsleistungen für den Neubau einer 3-zügigen Grundschule in der Mitgliedsgemeinde Kutenholz. Die Grundschule soll in 4 Clustern errichtet werden (je Jahrgangsstufe ein Cluster). Daneben sollen ein Forum (auch als Veranstaltungsraum mit Bühne nutzbar) und 2 Fachräume enthalten sein. Der Auftraggeber geht derzeit von folgenden Flächen aus: Geplante Nutzfläche 4.644 m² Außengerätegebäude 70 m² Schulhoffläche 12.427 m² Erforderliche Grundstückfläche ca. 18.000 m² Das Objekt soll so geplant werden, dass es einem mittleren Standard entspricht. Das gesamte Gebäude soll eingeschossig ebenerdig errichtet werden und muss komplett barrierefrei sein. Eine Berücksichtigung inklusiver Aspekte (insbesondere hinsichtlich Barrierefreiheit, Beleuchtung und Schallschutz) ist bei der Planung verpflichtend. Energetische Anforderungen nach Gebäudeenergiegesetz (GEG) müssen eingehalten werden. Eine erste Kostenschätzung des Auftraggebers auf Grundlage des BKI geht von Baukosten (KG 200-500) in Höhe von 22 Mio. EUR (brutto) aus. Mit der Leistungserbringung ist unmittelbar nach Zuschlags-/Auftragserteilung zu beginnen.

Interne Kennung: 166-23

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Mit Erteilung des Zuschlags beauftragt der Auftraggeber die vorstehend beschriebenen Leistungen nicht vollständig, sondern stufenweise wie folgt: Mit Zuschlagserteilung erfolgt zunächst die Beauftragung des Auftragnehmers mit den Grund- und besonderen Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 3 (Grundbeauftragung). Die Grundleistungen der Leistungsphasen 4 ff. kann der Auftraggeber durch einseitigen Abruf in bis zu drei weiteren Paketen bei Bedarf optional beauftragen (Folgebeauftragungen). Über den Abruf der Leistungen der weiteren Leistungsphasen wird der Auftraggeber insbesondere

auf Grundlage der Ergebnisse des Genehmigungsverfahrens und des Finanzierungsrahmens (insb. auch Verfügbarkeit der Fördermittel) entscheiden. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Folgebeauftragungen zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie innerhalb von 12 Monaten nach Fertigstellung der jeweils vorhergehenden Beauftragung abrufen (Ab-ruffrist). Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Abrufen der Folgebeauftragungen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Stade (DE939)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Im Rahmen der Planung ist die Nachhaltigkeit im Hinblick auf die zu

erwartenden Unterhaltungs- und Folgekosten des Gebäudebetriebs zu beachten

(Berücksichtigung der Energieeffizienz und des Klimaschutzes).

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nachweis der Berufszulassung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der Berufszulassung als Architekt/in nach dem jeweils einschlägigen Landesrecht für die als Projektleiter/in vorgesehene Person.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Eigenerklärung zum Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers in den Jahren 2021 bis 2023 (insgesamt und aus Leistungen im Bereich der Objektplanung Gebäude /Innenräume mit mindestens durchschnittlichen Anforderungen (entsprechend Honorarzone III nach Anlage 10 zu § 34 Abs. 4, 35 Abs. 7 HOAI). Der Auftraggeber behält sich vor, zum Nachweis der Richtigkeit der Angaben ergänzende Unterlagen anzufordern, z. B. (testierte) Jahresabschlüsse oder Bestätigungen eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters. Der durchschnittliche Jahresumsatz (netto) der Jahre 2021 bis 2023 aus Leistungen im Bereich der Objektplanung Gebäude/Innenräume mit mindestens durchschnittlichen Anforderungen (entsprechend Honorarzone III nach Anlage 10 zu § 34 Abs. 4, 35 Abs. 7 HOAI) muss mindestens 2 Mio. EUR betragen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Eigenerklärung zur Haftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Bestehen bzw. der Bereitschaft zum Abschluss einer branchenüblichen Vermögensschadenhaftpflichtversicherung. Versicherungssummen für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens 3 Mio. EUR, mindestens zweifach im Jahr zur Verfügung stehend.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Eigenerklärung zu Referenzprojekten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge. Es sind mindestens drei abgeschlossene (= vollständige Erbringung der LP 8) Referenzleistungen über vergleichbare frühere Aufträge vorzulegen. Der Abschluss der Leistungen des Bewerbers (= vollständige Erbringung der LP 8) muss nach dem 01.01.2019 liegen. Gegenstand des Referenzauftrages müssen mindestens die Grundleistungen der LP 2 bis 8 gem. Anlage 10.1 zu § 34 Absatz 4, § 35 Absatz 7 HOAI gewesen sein. Die Baukosten (KG 300-400) müssen je Referenz mind. 3 Mio. EUR netto betragen haben. Mindestens eine der im Übrigen vergleichbaren Referenzen muss dabei ein Gebäude der sozialen Infrastruktur (insb. Kitas, Schulen, Bildungseinrichtungen) mit mindestens durchschnittlichen Anforderungen (entsprechend Honorarzone III nach Anlage 10 zu § 34 Abs. 4, 35 Abs. 7 HOAI) zum Gegenstand haben. Durch die Anzahl der vom Bewerber vorgelegten vergleichbaren Referenzleistungen, die Gebäude der sozialen Infrastruktur betreffen, können für die Auswahlentscheidung für die nächste Verfahrensstufe Punkte wie folgt erzielt werden: 1-2 = 5 Punkte 3-4 = 10 Punkte 5-6 = 15 Punkte 7 und mehr = 20 Punkte. Durch die Anzahl der vom Bewerber vorgelegten vergleichbaren Referenzleistungen mit einem Bauvolumen (KG 300 - 400) von mehr als 5 Mio. EUR netto können für die Auswahlentscheidung für die nächste Verfahrensstufe Punkte wie folgt erzielt werden: 1-2 = 5 Punkte 3-4 = 10 Punkte 5-6 = 15 Punkte 7 und mehr = 20 Punkte Hinsichtlich der vorgenannten Kriterien kann eine Referenzleistung mehrfach herangezogen werden. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Punkte, genau): 40,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Eigenerklärung zum Personalstand

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Personalstand im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2021 bis 2023, gegliedert nach Büroinhabern /Geschäftsführern, Architekten/Ingenieure und kaufmännischen/technischen Mitarbeitern. Mindestanforderung sind 3 fest angestellte Architekten und Ingenieure.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Eigenerklärung zur Projektleitung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum vorgesehenen Projektleiter und stellv. Projektleiter unter Angabe von Name, beruflicher Qualifikation und Berufserfahrung in Jahren. Für die als Projektleiter vorgesehene Person ist ein Nachweis der Berufszulassung als Architekt nach dem jeweils einschlägigen Landesrecht erforderlich. Durch die Dauer der Berufserfahrung des vorgesehenen Projektleiters in Jahren können für die Auswahlentscheidung für die nächste Verfahrensstufe Punkte wie folgt erzielt werden: Über 5 Jahre = 5 Punkte Über 10 Jahre = 10 Punkte Über 15 Jahre = 15 Punkte Über 20 Jahre = 20 Punkte. Durch die Dauer der Berufserfahrung des vorgesehenen stellvertretenden

Projektleiters in Jahren können für die Auswahlentscheidung für die nächste Verfahrensstufe Punkte wie folgt erzielt werden: Über 5 Jahre = 5 Punkte Über 10 Jahre = 10 Punkte Über 15 Jahre = 15 Punkte Über 20 Jahre = 20 Punkte.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 40,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Eigenerklärung zum Nachunternehmereinsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung dazu, ob und ggf. welche Leistungen an Nachunternehmer übertragen werden sollen.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Gesetzliche Ausschlussgründe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576 (Russland-Sanktions-VO)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 09/04/2024 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YBLH0PV/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YBLH0PV>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YBLH0PV>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 17/04/2024 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 6 \$name_timeperiod.

MONTHS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, von Bewerbern bzw. Bietern unter Einhaltung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes gemäß § 56 Abs. 2 VgV Unterlagen nachzufordern. Ein Anspruch auf Nachforderung von Unterlagen besteht jedoch nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Gemäß Entwurf Architektenvertrag (Teil C der Vergabeunterlagen)

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Niedersachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Vergabeverfahren unterliegt der Nachprüfung in einem Nachprüfungsverfahren gemäß § 155 ff. GWB. Die zuständige Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag an (§ 160 Abs. 1 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Samtgemeinde Fredenbeck

Beschaffungsdienstleister: DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht

Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Samtgemeinde Fredenbeck

Registrierungsnummer: 0

Postanschrift: Schwingestraße 1

Stadt: Fredenbeck
Postleitzahl: 21717
Land, Gliederung (NUTS): Stade (DE939)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@kanzlei-dagefoerde.de
Telefon: +49 511590975-60

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Registrierungsnummer: DE281537041
Postanschrift: Podbielskistraße 344
Stadt: Hannover
Postleitzahl: 30655
Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@kanzlei-dagefoerde.de
Telefon: +49 511590975-60

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Niedersachsen
Registrierungsnummer: 0
Postanschrift: Auf der Hude 2
Stadt: Lüneburg
Postleitzahl: 21339
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de
Telefon: +49 413115-3306

Fax: +49 413115-2943

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 35c0e380-3d09-4088-bd69-4d707efe820c - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 15/03/2024 11:18:48 (UTC+01:00)
Mittleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 160600-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 55/2024
Datum der Veröffentlichung: 18/03/2024